

Die relative Äquivalenz juristischer Begriffe und deren Folge für mehrsprachige juristische Wörterbücher

Citation for published version (APA):

de Groot, R. (1990). Die relative Äquivalenz juristischer Begriffe und deren Folge für mehrsprachige juristische Wörterbücher. In *Translation and meaning: Proceedings of the Maastricht session of the 1990 Maastricht-Lodz duo Colloquium on "Translatin and Meaning," held in Maastricht, The Netherlands, 4-6 January 1990* (pp. 122-128). Rijkshogeschool Maastricht.

Document status and date:

Published: 01/01/1990

Document Version:

Publisher's PDF, also known as Version of record

Please check the document version of this publication:

- A submitted manuscript is the version of the article upon submission and before peer-review. There can be important differences between the submitted version and the official published version of record. People interested in the research are advised to contact the author for the final version of the publication, or visit the DOI to the publisher's website.
- The final author version and the galley proof are versions of the publication after peer review.
- The final published version features the final layout of the paper including the volume, issue and page numbers.

[Link to publication](#)

General rights

Copyright and moral rights for the publications made accessible in the public portal are retained by the authors and/or other copyright owners and it is a condition of accessing publications that users recognise and abide by the legal requirements associated with these rights.

- Users may download and print one copy of any publication from the public portal for the purpose of private study or research.
- You may not further distribute the material or use it for any profit-making activity or commercial gain
- You may freely distribute the URL identifying the publication in the public portal.

If the publication is distributed under the terms of Article 25fa of the Dutch Copyright Act, indicated by the "Taverne" license above, please follow below link for the End User Agreement:

www.umlib.nl/taverne-license

Take down policy

If you believe that this document breaches copyright please contact us at:

repository@maastrichtuniversity.nl

providing details and we will investigate your claim.

Download date: 06 May. 2023

Die relative Äquivalenz juristischer Begriffe und deren Folge für mehrsprachige juristische Wörterbücher

1. Einführung

In diesem Beitrag steht die Problematik der Übersetzung juristischer Texte zentral, und zwar namentlich die terminologischen Schwierigkeiten, denen man begegnet, wenn man juristische Informationen aus einer Sprache in eine andere übersetzen muß. Die Komplexität der Übersetzung juristischer Begriffe wird verursacht durch die extreme Systemgebundenheit dieser Begriffe einerseits und die Tatsache, daß die Rechtssysteme pro Land unterschiedlich sind, andererseits. Dies bewirkt, daß man bei der Übersetzung juristischer Texte, folgern muß, daß absolute Äquivalente nicht existieren und häufig sogar approximative Äquivalente fehlen. Es muß bei der Übersetzung deshalb sehr oft nach Surrogatlösungen ausgewichen werden. Soweit (approximative) Äquivalente festgestellt werden können, sind diese meistens noch in mehrfacher Hinsicht relativ. Entsprechendes gilt auch für die Surrogatlösungen.

Im folgenden möchte ich zunächst einige Bemerkungen über die Übersetzung juristischer Begriffe im allgemeinen machen, wobei die Problematik der fehlenden Äquivalenz juristischer Begriffe und die möglichen Surrogatlösungen im Zentrum meiner Erörterungen stehen. Besondere Aufmerksamkeit werde ich dabei der Relativität der approximativen Äquivalenz und den möglichen Alternativen widmen. Schließlich werde ich versuchen einige Kriterien aufzustellen, die gute mehrsprachige juristische Wörterbücher erfüllen sollten, damit die in diesen Wörterbüchern enthaltenen Übersetzungsvorschläge wissenschaftlich verantwortet und praktisch optimal brauchbar sind.

2. Approximative Äquivalenz juristischer Begriffe und einige Surrogatlösungen

Die Fachsprache der Juristen ist extrem systemgebunden. Rechtssysteme sind von Staat zu Staat unterschiedlich. Jeder Staat hat seine eigene selbständige juristische Terminologie. Es gibt sogar Staaten, die mehrere territorial oder personal abgegrenzte Rechtssysteme nebeneinander kennen, die alle ihre eigene juristische Terminologie besitzen. Eine internationale juristische Fachsprache fehlt fast ganz. Sie ist nur insoweit vorhanden als bestimmte Rechtsgebiete "internationalisiert" sind: Dies gilt namentlich für das Völkerrecht und das Europarecht. Auf diesen Gebieten entwickelt sich allmählich eine internationale (mehrsprachige) Terminologie. Für Rechtsgebiete wie Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Strafrecht oder Zivilrecht fehlt aber eine internationale Terminologie.

Wie groß die Systemgebundenheit der juristischen Terminologie ist, kann anhand der terminologischen Unterschiede zwischen dem jetzt noch geltenden Vermögensrecht des niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuches aus dem Jahre 1838 und dem des neuen niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuches, das am 1. Januar 1992 in Kraft treten wird, erläutert werden. Wenn das neue niederländische Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft tritt, wird sich auf terminologischem Gebiet so manches ändern: Standardübersetzungen juristischer Texte ins Niederländische müssen dann dem neuen Rechtssystem, d.h. der neuen Terminologie, angepaßt werden. Die in Wörterbüchern enthaltenen Übersetzungsvorschläge zivilrechtlicher Begriffe ins Niederländische müssen überarbeitet werden. Von allen mehrsprachigen juristischen Wörterbüchern mit Niederländisch als Zielsprache wird eine Neuauflage erscheinen müssen.

Ich möchte dies anhand eines einfachen Beispiels verdeutlichen. Par. 90 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches lautet: "Sache im Sinne des Gesetzes sind nur körperliche Gegenstände." Dem Artikel 555 des nun noch geltenden niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuches ist zu entnehmen, daß sämtliche Gegenstände und Rechte, die Gegenstand eines Eigentumsrechtes sein können, als "zaken" (Sachen) bezeichnet werden. Der deutsche Begriff "Sache" hat also eine andere Bedeutung als das niederländische Wort "zaak", obwohl diese Begriffe in der Umgangssprache als äquivalent angesehen werden. Infolgedessen ist es grundsätzlich falsch, in einem juristischen Kontext "Sache" mit "zaak" zu übersetzen. Der deutsche Terminus "Sache" muß in einem solchen Kontext mit "goed" (Gegenstand) oder mit "stoffelijk voorwerp" (körperlicher Gegenstand) übersetzt werden.

Nach dem Inkrafttreten des dritten Buches des neuen niederländischen Bürgerlichen Gesetzbuches am 1. Januar 1992 ist jedoch eine andere Übersetzung notwendig. Artikel 1 des dritten Buches lautet nämlich: "Goederen zijn alle zaken en alle vermogensrechten" (Gegenstände sind alle Sachen und Vermögensrechte). Folglich wird sich der Terminus "zaak" im neuen Bürgerlichen Gesetzbuch ausschließlich auf körperliche Gegenstände beziehen. Infolgedessen ist dann die Übersetzung des deutschen Wortes "Sache" mit dem niederländischen Begriff "zaak" auch im juristischen Kontext einwandfrei.

Leider muß betont werden, daß die juristische Terminologie nicht immer eindeutig ist. An erster Stelle machen alle Juristen manchmal schlicht und einfach Terminologiefehler. Aber auch der Gesetzgeber ist bei der Benutzung der Terminologie nicht immer konsequent. Ich erwähnte, daß im heutigen niederländischen Recht "zaken" sowohl körperliche Gegenstände als auch Rechte umfaßt. Dies gilt jedoch für die Bücher drei, vier und fünf des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die ersten zwei Bücher dieses Gesetzbuches sind aber schon Teil des neuen Gesetzbuches und benutzen das Wort "zaken" bereits in der neuen Bedeutung.

Innerhalb eines Rechtssystems kann es also vorkommen, daß ein Terminus unterschiedliche Bedeutungen hat. Der gleiche Terminus kann noch weitere, abweichende Bedeutungen haben, wenn die betreffende Sprache auch noch in einem anderen Rechtssystem als Rechtssprache benutzt wird. So wird die niederländische Sprache außer in den Niederlanden auch noch in Belgien und Surinam als Rechtssprache benutzt, während im Königreich der Niederlande die Niederländischen Antillen und Aruba selbständige Rechtssysteme haben, die aber auch das Niederländische als Rechtssprache benutzen. Es gibt also insgesamt vier niederländischsprachige Rechtssysteme und deshalb vier unterschiedliche niederländische Rechtsterminologien. Teilweise ist die Terminologie weitgehend ähnlich, weil die Rechtssysteme einander nah verwandt sind. Aber es gibt auch wichtige Terminologieunterschiede. So gibt es in Belgien und in den Niederlanden die "arrondissementsrechtbank". Die niederländische "arrondissementsrechtbank" entspricht weitgehend dem deutschen Landgericht. In Belgien heißt das dem deutschen Landgericht entsprechende Gericht jedoch "gerecht van eerste aanleg" (tribunal de première instance). Die belgische "arrondissementsrechtbank" hat eine völlig andere Funktion. Sie ist zusammengesetzt aus den Vorsitzenden der "rechtbank van eerste aanleg", der "rechtbank van koophandel" (tribunal de commerce) und der "arbeidsrechtbank" (tribunal de travail). Es obliegt dieser "arrondissementsrechtbank", Kompetenzstreitigkeiten zwischen den betreffenden gerichtlichen Instanzen zu lösen, falls es nicht deutlich ist, bei welcher der drei Instanzen eine bestimmte Klage eingereicht werden soll. Solche Unterschiede in der Terminologie erfordern in vielen Fällen eine "intralinguistic translation", damit belgische juristische Texte für niederländische Juristen und vice versa verständlich werden.

Wie soll man nun bei der Übersetzung juristischer Terminologie vorgehen. Die Bedeutung des zu übersetzenden Begriffs im Ausgangsrechtssystem muß festgestellt werden, woraufhin versucht werden muß in der Zielsprache, d.h. in einer mit der Zielsprache verbundenen Rechtssystem, einen Terminus mit der gleichen Bedeutung zu finden. Es muß aus einer Rechtssprache in eine andere Rechtssprache übersetzt werden. Grundsätzlich darf man nicht in der "Umgangsterminologie" der Zielsprache übersetzen. Kern der Übersetzung juristischer Terminologie ist deshalb das Vergleichen der Ausgangsrechtssprache mit der Zielrechtssprache, oder besser noch des Ausgangsrechtssystems mit dem Zielrechtssystem. Die Übersetzung juristischer Terminologie ist daher wesentlich Rechtsvergleichung.

Durch Rechtsvergleichung muß der Übersetzer juristischer Terminologie für einen Begriff aus dem Ausgangsrechtssystem ein angemessenes Äquivalent in dem Zielrechtssystem finden. Dies ist aber wesentlich einfacher gesagt als getan. Wann darf man die Folgerung machen, daß Wörter aus dem Ausgangsrechtssystem bestimmten Begriffen aus dem Zielrechtssystem entsprechen? Wegen der extremen Systemgebundenheit juristischer Begriffe ist logischerweise eine völlige Äquivalenz nur möglich, wenn die Ausgangssprache und die Zielsprache sich auf dasselbe Rechtssystem beziehen. Dies ist lediglich der Fall, wenn in einem zwei- oder mehrsprachigen Rechtssystem übersetzt werden muß (z.B. Belgien, Kanada, Finnland oder die Schweiz). Wenn die Zielsprache und die Ausgangssprache sich auf unterschiedliche Rechtssysteme beziehen, ist eine absolute Äquivalenz unmöglich. Kann das deutsche Wort "Ehescheidung" ins Französische durch "divorce" oder ins Italienische durch "divorzio" übersetzt werden? Wir wissen, daß die Ehescheidungsgründe in Deutschland, Frankreich und Italien unterschiedlich sind. Und weiter gibt es wesentliche Unterschiede in Bezug auf die Ehe, die durch die Ehescheidung aufgelöst wird, namentlich auf dem Gebiete des Ehegüterrechts. Eine absolute Äquivalenz fehlt also. Dennoch akzeptiert man allgemein, daß die erwähnten Begriffe als Übersetzung des deutschen Wortes "Ehescheidung" benutzt werden dürfen. In einem berühmten Aufsatz (veröffentlicht in dem von Mario Rotondi herausgegebenen Band "Inchieste di diritto comparato") betonte der erste niederländische Professor für Rechtsvergleichung, Isaac Kisch, daß eine solche Übersetzung zulässig ist, weil die betreffenden Begriffe sich "quant a la substance" entsprechen. Wir brauchen also lediglich eine approximative Äquivalenz von Begriffen festzustellen, um folgern zu dürfen, daß wir einen Begriff als Übersetzung eines anderen benutzen dürfen. Aber unter welchen Umständen existiert eine solche approximative Äquivalenz? Kisch schrieb darüber: "C'est une question d'ordre pragmatique" - eine sehr unbefriedigende Antwort. Welches Ziel muß man im Auge behalten bei einer solchen praktischen Entscheidung?

Von essentieller Bedeutung sind - meiner Meinung nach - Kontext und Ziel der Übersetzung. Der Charakter des Dokuments, das übersetzt werden soll, kann von zusätzlicher Bedeutung sein. Es ist möglich, daß bestimmte Wörter in einem bestimmten Kontext akzeptable Äquivalente sind in einem anderen Kontext jedoch nicht. Es ist auch von Bedeutung, ob eine Übersetzung gemacht werden muß, um Personen, die eine bestimmte Sprache nicht beherrschen, die Möglichkeit zu geben, einen oberflächlichen Eindruck eines in dieser Sprache verfaßten Dokuments zu geben - oder ob die Übersetzung neben dem Ausgangstext den Status eines authentischen Textes bekommen wird. In dem letzterwähnten Falle ist es außerordentlich wichtig, daß die Begriffe in dem Zieltext weder einen engeren noch einen weiteren Inhalt als die des Ausgangstextes haben. In dieser Perspektive können wir bereits feststellen, daß die Folgerung, daß Begriffe akzeptable Äquivalente sind, eine sehr relative ist.

Manchmal wird betont, daß ein funktionelles Äquivalent gefunden werden muß: Ein Begriff aus dem Ausgangstext muß übersetzt werden mit einem Wort, das in dem mit der Zielsprache verbundenen Rechtssystem eine ähnliche Funktion hat als der zu übersetzende Begriff in seinem

eigenen Rechtssystem. Dies hört sich verführerisch an, aber ich bezweifle dennoch, ob diese Methode immer zu guten Ergebnissen führt. Es kommt regelmäßig vor, daß juristische Probleme in verschiedenen Rechtssystemen auf sehr unterschiedliche Art und Weise - durch sehr unterschiedliche juristische Institutionen - gelöst werden. In solchen Fällen sehen wir aus der Perspektive der Rechtsvergleichung eine kontextgebundene funktionelle Äquivalenz. Aber es würde sehr irreführend sein, um solche kontextgebundene Äquivalente als Übersetzungen voneinander zu gebrauchen. Ich werde versuchen, diese These durch ein Beispiel zu verdeutlichen. Manche Probleme, die in Deutschland gelöst werden durch die Folgerung, daß ein bestimmtes Benehmen gegen "Treu und Glauben" verstoßen würde, werden im niederländischen oder französischen Recht über die Institution der "dwaling" bzw. "erreur" gelöst. Aber sogar in einem entsprechenden Kontext würde ich eine Übersetzung des deutschen "Treu und Glauben" durch "dwaling" oder "erreur" ablehnen. Die systemtechnische Stellung des "Treu und Glauben" und der "dwaling" bzw. "erreur" ist in den betreffenden Rechtssystemen zu unterschiedlich. Eine kontextgebundene Übersetzung von "Treu und Glauben" durch "dwaling" oder "erreur" würde Juristen aus diesen Rechtssystemen auf das falsche Bein stellen. Aus diesem Beispiel können wir lernen, daß die erforderliche Äquivalenz nicht nur eine funktionelle sein muß, sondern auch systemtechnisch begründet sein muß.

Eine folgende essentielle Frage ist, was man tun muß falls kein akzeptables funktionelles, systemtechnisches Äquivalent entdeckt werden kann. Es gibt dann - in großen Zügen - drei Surrogatlösungen:

- a) man übersetzt nicht und benutzt in der Zielsprache den ursprünglichen Begriff aus der Ausgangssprache. Möglicherweise erläutert man diesen Begriff in Klammern durch eine Buchstäbliche Übersetzung oder durch eine Anmerkung wie "einigermaßen vergleichbar mit ..." oder durch eine Erläuterung in einer Fußnote;
- b) man umschreibt den Begriff aus der Ausgangssprache in der Zielsprache;
- c) man entwickelt einen Neologismus, d.h. man introduziert in die Fremdsprache ein neues Wort, eventuell wieder in Kombination mit einer Erläuterung in einer Fußnote.

Über diese Surrogatlösungen möchte ich folgende Bemerkungen machen. Ich habe keine große Sympathie für die Entscheidung, ein Wort unübersetzt zu lassen. Eindeutiges Ziel einer Übersetzung ist es, den Ausgangstext zugänglicher zu machen für Personen, die die Sprache des Ausgangstextes nicht beherrschen. Dieses Ziel wird vernachlässigt, wenn man Begriffe unübersetzt läßt. Wenn man in der Zielsprache viele unübersetzte Begriffe aus der Ausgangssprache benutzt, droht weiter die Gefahr, daß die Übersetzung zu einer Sammlung fremdsprachiger Wörter wird, die durch Verben, Adverbien, Artikel usw. aus der Zielsprache zusammengehalten werden. Wenn der Leser wenig oder keine Affinität mit der Wortstruktur der Ausgangssprache hat, wird er konfrontiert mit einer unverständlichen Kombination von Buchstaben, die schwierig ausgesprochen und behalten werden können. Dies ist vor allem dann ein Nachteil, wenn ein bestimmtes unübersetztes Wort wiederholt neu benutzt wird. Aus dem vorherigen können wir folgern, daß die Benutzung eines unübersetzten Wortes in dem Zieltext vor allem dann vermieden werden sollte, wenn wenig oder keine etymologische Verwandtschaft zwischen Ausgangssprache und Zielsprache existiert.

Die zweite Surrogatlösung ist die Umschreibung. Wenn eine Umschreibung in der Zielsprache eine annähernd perfekte Definition des Begriffs aus der Ausgangssprache ist, ist eine solche Umschreibung wesentlich ein aus mehreren Wörtern bestehendes Äquivalent. Diese Lösung ist gewissermaßen eine im Text verarbeitete Fußnote. Der Nutzen dieser Surrogatlösung hängt eindeutig mit der Länge und Komplexität einer Beschreibung zusammen.

Die dritte Surrogatlösung ist die des Neologismus: Man benutzt ein Wort in der Zielsprache, das nicht (oder nicht mehr) in dem mit der Zielsprache verbundenen Rechtssystem benutzt wird. Ein Beispiel bildet die Übersetzung von Begriffen wie "acte illicite", "unerlaubte Handlung" oder "onrechtmatige daad" ins Englische. Im Rechtssystem von England und Wales findet man kein akzeptables Äquivalent, deshalb wird manchmal die Übersetzung dieser Begriffe mit "delict" vorgeschlagen. Eine solche Übersetzung beugt vor, daß die erwähnten kontinental-europäischen Begriffe mit dem common law Begriff "tort" verwechselt werden. Ein Nachteil eines solchen Neologismus ist aber, daß der Begriff "tort" englischen Juristen fremd anhört. Peter Schroth schrieb in einem im American Journal of Comparative Law veröffentlichten Aufsatz, daß ein englischer Jurist vielleicht sagen wird: "Probably, he means torts", gefolgt durch "but why he does not say this, in stead of confusing us with strange words" oder sogar "why can't he say this in simple, plain English". Schroth betont aber anschließend, daß die Antwort auf diese rhetorische Frage lautet: "Because none English word comes near enough to the meaning (content) of the foreign word to give you a correct impression of that word. If you want to understand this meaning, you have to learn a new word and something about the way this word is used." Nach welchen Maßstäben soll man nun einen Neologismus auswählen? An erster Stelle muß man sehr sorgfältig überprüfen, ob der neue Begriff in der Tat in dem mit der Zielsprache verbundenen Rechtssystem "unbesetzt" ist. Falls ein Begriff in dem Zielrechtssystem doch schon benutzt wird, kann es verwirrend wirken, wenn man den betreffenden Begriff plötzlich mit einer völlig anderen Bedeutung benutzt. So lehne ich es ab, den Begriff "common law" ins Französische mit "droit commun" oder ins Niederländische mit "gemeen recht" zu übersetzen. Diese Begriffe werden in der französischen bzw. niederländischen juristischen Literatur schon benutzt, aber in einer anderen Bedeutung, die sehr von dem Inhalt des englischen "common law" abweicht. Vorzugsweise soll der Neologismus dermaßen gewählt werden, daß ein Jurist aus dem Zielrechtssystem sich dabei etwas vorstellen kann. Besonders geeignet sind dabei Begriffe, die in dem Rechtssystem früher eine dem Ausgangsbegriff äquivalente Funktion hatten. Geeignet sind manchmal auch Abwandlungen römisch-rechtlicher Begriffe, soweit man noch annehmen darf, daß Juristen aus dem Zielrechtssystem noch über Kenntnisse des römischen Rechts verfügen. Häufig sind auch Begriffe geeignet, die zwar nicht in dem Zielrechtssystem als juristische Begriffe funktionieren, aber wohl in einem anderen Rechtssystem, das dieselbe Sprache als Rechtssprache benutzt. Diese These bedarf einer näheren Erläuterung.

Aus den bisherigen Ausführungen geht eindeutig hervor, daß von der Rechtssprache eines bestimmten Rechtssystems in die Rechtssprache eines anderen bestimmten Rechtssystems übersetzt werden muß. Falls die Zielrechtssprache in mehreren Rechtssystemen als Rechtssprache benutzt wird, muß deshalb gewählt werden, in die Terminologie welches dieser Rechtssysteme übersetzt wird. Man darf nicht wahllos das eine Mal in die Terminologie von Rechtssystem A und das nächste Mal in die Rechtsterminologie von Rechtssystem B übersetzen. Falls man nun aber dafür gewählt hat, in die Rechtsterminologie des Rechtssystems A zu übersetzen, darf man mangels angemessener Äquivalente Begriffe aus dem Rechtssystem B, die approximativ äquivalent sind, als Neologismen in die Terminologie des System A einfügen. Man sollte solche Neologismen aber als solche kennzeichnen, z.B. durch einen ausdrücklichen Hinweis auf das Rechtssystem B. Falls man z.B. Englisch als Zielsprache hat, ist es durchaus vertretbar, grundsätzlich in die Rechtsterminologie des Rechtssystems von England und Wales zu übersetzen.

Mangels approximativer Äquivalente kann man aber z.B. zurückgreifen auf die Terminologie des schottischen Rechts oder die englische Terminologie für das Recht Quebecs. Auch die Terminologie in Louisiana kann inspirierend sein.

3. Die relativität der approximativen Äquivalenz und der Surrogatlösungen

Nach dem vorherigen wollen wir festhalten, daß die approximative Äquivalenz juristischer Begriffe und der Surrogatlösungen in mehrfacher Hinsicht relativ ist.

- a) Außer wenn Ausgangssprache und Zielsprache sich auf dasselbe Rechtssystem beziehen, ist eine völlige Äquivalenz logisch undenkbar;
- b) Eine Äquivalenz gilt jeweils nur zwischen zwei Rechtssystemen und nicht zwischen zwei Sprachen;
- c) Im Falle einer Änderung des Ausgangsrechtssystems oder des Zielrechtssystems müssen Übersetzungsvorschläge angepaßt werden;
- d) Ein Begriff des Ausgangsrechtssystems kann je nach dem Kontext mehrere unterschiedliche Äquivalente im Zielrechtssystem haben;
- e) Es ist nicht immer notwendig das approximative Äquivalent oder ein Surrogat als Übersetzung zu benutzen; abhängig vom Kontext und Ziel der Übersetzung kann auch eine etwas pauschalere Übersetzung noch zulässig sein. In der Praxis ist es aber häufig nicht leicht diese Zulässigkeit zu beurteilen.

4. Kriterien für mehrsprachige juristische Wörterbücher

Können die von mir erwähnten Probleme nicht durch gute mehrsprachige juristische Wörterbücher gelöst werden? Teilweise kann diese Frage sicher bestätigend beantwortet werden. Aber diese Wörterbücher müssen dann wohl erheblich besser und ausführlicher sein als die Wörterbücher, die im Moment auf dem Büchermarkt vorhanden sind.

- a) Vor allem dürfen solche Wörterbücher sich nicht darauf beschränken, lediglich Übersetzungsvorschläge ohne weitere Erläuterungen oder andere Hinweise zu geben. Solche Wörterlisten sind ausschließlich als Gedächtnisstützen noch einigermaßen brauchbar. Es wäre notwendig, im Wörterbuch ausdrücklich auch die Kontexte der zu übersetzenden Begriffe und die Kontexte der Übersetzungsvorschläge zu geben. Die Kontexte könnten am besten anhand von Zitaten von Gesetzesvorschriften oder aus der juristischen Literatur gezeigt werden. Auf diese Art und Weise könnten die Benutzer solcher Wörterbücher relativ schnell die Stellung eines juristischen Begriffes im Rechtssystem einschätzen und rechtsvergleichend entscheiden, ob bestimmte Begriffe als Übersetzungen voneinander benutzt werden können. Heutzutage geben die meisten juristischen Wörterbücher keine Kontexte, sondern lediglich einige Übersetzungsvorschläge, von denen häufig nur einer - abhängig vom Kontext -

richtig ist. Der Benutzer muß dann selbst noch Kontexte für die unterschiedlichen Übersetzungsvorschläge suchen und sich mit diesen Kontexten auseinandersetzen und kann dann erst rechtsvergleichend entscheiden, welchem Übersetzungsvorschlag er folgt.

- b) Mehrsprachige juristische Wörterbücher müssen sich auf Übersetzungsvorschläge zwischen zwei Rechtssystemen beschränken, da das Übersetzen juristischer Texte ein rechtsvergleichendes Übersetzen von Rechtssystem nach Rechtssystem ist. Übersetzungsvorschläge gelten deshalb immer nur im Verhältnis zu einem Rechtssystem und nicht auch für Rechtssysteme, wo die gleiche Sprache als Rechtssprache benutzt wird. Leider beachten viele juristische Wörterbücher diese Selbstbeschränkung nicht. Solche Wörterbücher werden dann unübersichtlich und - was noch schlimmer ist - für den unerfahrenen Benutzer häufig irreführend.
- c) Wörterbücher müssen Neologismen als solche kennzeichnen und die Wahl des Neologismus ausdrücklich begründen.